

KOMPASS – ANTIrA – NEWSLETTER NR. 76 – MÄRZ 2019

+++ We'll Come United in 2019 +++ From the Sea to the Cities - transnational für offene Häfen und Buses of Hope +++ 8. März in Potsdam, Berlin und anderswo: Frauenstreik und Migration +++ 14.3. in Ellwangen: Solidaritätskundgebung und Mahnwache - Geflüchtete klagen gegen ihre Strafbefehle +++ 15.3. in Frankfurt und anderen Städten: Internationaler Tag gegen Polizeigewalt +++ Abschiebebezahlen 2018 und weitere geplante Verschärfungen +++ Solidarity at Sea/luventa +++ Alarm Phone Report Februar 2019 +++ Lesehinweise: Alarm Phone Sahara Text bei Afrique Europe Interact und Solidarity City Broschüre bei Rosa Lux +++ Projekt SoliBus: Selbstverständnis und Spendenaufruf +++ Rundbrief: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?! +++ Rückblick: NSU-Monologe in Hamburg +++ Ausblicke: Nächstes WCU-Treffen am 27./28. April in Sachsen; 10.-12.5. in vielen Städten: Aktionstage zu 100 Jahren Abschiebehaft; 17.-19.5. in Hamburg: Recht auf Stadt Forum; 9.-14. Juli in der Nähe von Nantes/Frankreich: Transborder Summer Camp; ; 24. August: Großdemonstration in Sachsen; 31.8. in Büren: Grossdemo gegen 100 Jahre Abschiebehaft +++

Liebe Freundinnen und Freunde!

Über 100 AktivistInnen aus 13 Städten in gut gemischter Zusammensetzung kamen beim bundesweiten Treffen von We'll Come United (WCU) Anfang Februar in Frankfurt zusammen. Wie kann das in den letzten zwei Jahren aufgebaute Netzwerk weiter entwickelt und insbesondere die selbstorganisierten Strukturen darin gestärkt werden? Wie können wir unsere gewonnene Sichtbarkeit in effizientere Kämpfe gegen das Abschieberegime übersetzen? Welche Rolle will WCU als bundesweiter Akteur der Anti-Ra-Bewegung spielen und welche neuen Allianzen suchen? Wo welche Schwerpunkte setzen in kommenden Mobilisierungen? Entlang dieser Fragen hat WCU erste Weichenstellungen für 2019 vorgenommen und sich zum Swarming und zur Mobilisierung im Sommer in Sachsen verabredet. Die dort anstehenden Landtagswahlen am 1. September lassen eine verstärkte gesellschaftliche Polarisierung erwarten. Das Bündnis „Unteilbar“ wird zum 24.

August nach Sachsen mobilisieren, Gruppen des „NSU-Tribunals“ planen für das Wochenende zuvor ein Tribunal in Chemnitz. WCU will dabei mitwirken und mit Parade-Elementen am 24.8 in Dresden am Start sein. Kontinuierlich



sollen - „gegen den ganzen rechten rassistischen Scheiß!“ - lokale Strukturen und Aktive in Camps und Communities besucht, unterstützt und ermutigt werden. Über 40 AktivistInnen aus Spanien, Italien, Tunesien, Belgien, Frankreich, Schweiz und Deutschland kamen Ende Februar

beim transnationalen Treffen des sog. „Palermo Charter Process“ in Barcelona zusammen. Beteiligt waren nahezu alle Seenotrettungsorganisationen, das Alarm Phone, Welcome to Europe sowie VertreterInnen progressiver Stadtverwaltungen. Wie kann die (Wieder)Öffnung der Häfen durchgesetzt und die Seenotrettung entkriminalisiert werden? Braucht es eine zivile Rettungsleitstelle, weil die MRCCs (Maritime Rescue and Coordination Centers) in Rom und Valetta zu Kollaborateuren des tödlichen Grenzregime geworden sind? Wie können Geflüchtete und Gerettete, die in Südeuropa festsitzen, beim Transit in Richtung gewünschter Zielorte in Nordwesteuropa unterstützt werden? Wie können wir uns konkret „Buses of Hope“ z.B. von Palermo nach Düsseldorf oder Berlin vorstellen? Wie weiter in und mit den Solidarity Cities? Das waren die Leitfragen in Barcelona, die nun in transnationalen Arbeitsgruppen auf praktische Umsetzungen hin diskutiert werden.



Eine kleine Delegation des Treffens war anschließend bei „Top Manta“ zu Besuch. So nennt sich ein selbstorganisiertes Projekt vor allem senegalesischer StrassenhändlerInnen in Barcelona, die - 2015 aus einer basisgewerkschaftlichen Initiative gegen Vertreibung und Illegalisierung gestartet - mittlerweile einen eigenen Verkaufsladen

In diesem Sinne mit solidarischen Grüßen,
die Kompass Crew

für T-Shirts und Kapuzenpulli betreiben. Mit „Top Manta“ - „auf der Decke“ - haben



sie ihre eigene Marke kreiert: mit einem ausdrucksstarken Logo, das gleichzeitig ihre Ankunft auf den Booten (Pateras) wie auch ihre Überlebensstrategie als StrassenverkäuferInnen symbolisiert.

Von Frankfurt bis Barcelona, von lokal bis transnational, gegen Ausgrenzung und Abschiebung in den Städten sowie gegen das Sterben Lassen und die Pushbacks auf hoher See: wir werden hartnäckig bleiben in und mit den Flucht- und Migrationsbewegungen, die die alltäglichen Kämpfe um Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für Alle vorantreiben.

Im Vorbereitungsreader zum Treffen in Barcelona war es so formuliert: „...Wir können schwerlich einschätzen, wie es in den nächsten Monaten und im kommenden Sommer im Mittelmeer und in der EU weitergehen wird. Auf jeden Fall müssen wir alle unsere Initiativen zur Stärkung kollektiver Formen des transnationalen Widerstands fortsetzen und besser koordinieren. ... Wir brauchen jetzt konkrete Praktiken 'für Korridore der Solidarität' from the Sea to the Cities ...“

TERMINE UND INFORMATIONEN FÜR MÄRZ 2019

8. März in Berlin, Potsdam und anderswo: Frauenstreik und Migration

Informationen zum 8. März und Frauenstreiks:
<https://frauenstreik.org/>

sowie internationale Aufrufe und Interviews auf der Plattform des Transnationalen Sozialen Streiks:
<https://www.transnational-strike.info/>



Aufruf von Women in Exile zur Demonstration in Potsdam

Am 8. März, dem Internationalen Frauen*kampftag wird global an die historischen, kulturellen und politischen Errungenschaften von Frauen* erinnert. Wir feiern 100 Jahre Frauen*kämpfe, denn wir sind die Mütter, wir sind die, die sich um die Familie kümmern, die im Haushalt arbeiten, Babysitter*innen, Reinigungskräfte.

Wir Flüchtlingsfrauen*, wir sind Lehrer*innen, Krankenpfleger*innen, Geschäftsfrauen*, Ingenieur*innen, aber dies und alle anderen Fähigkeiten werden nicht berücksichtigt, da wir isoliert sind und diskriminiert werden.

2019 folgen wir dem Ruf des globalen Frauen*streiks und wir kommen vereint, um gemeinsam die Arbeit von Frauen* in allen Bereichen des Lebens sichtbar zu machen, innerhalb und außerhalb des Hauses, in urbanen und ländlichen Regionen, bezahlt oder unbezahlt, unabhängig von unseren Hautfarben und unseren Herkünften.

Die Zeit ist Jetzt einen Feminismus aufzubauen, der inklusiv und intersektional ist, einen Feminismus, der allen Frauen* zuhört und rassistische, sexistische und diskriminierende Strukturen beendet.

Wir können nicht erfolgreich sein, wenn ein Teil von uns zurückgehalten wird. Als geflüchtete Frauen* werden wir mehrfach diskriminiert. Wir werden weiterhin rassistische Gesetze sowie die Existenz von Lagern und die Abschiebepolitik verurteilen. Wir werden nicht aufhören Grenzen aufzubrechen, indem wir ein Bewusstsein für Kolonialismus schaffen und dafür, dass es nicht ignoriert werden darf, dass wir ein Recht auf Frieden, soziale Inklusion und geteilten Wohlstand haben.

Unser Ziel ist es Geflüchteten, die sich als Frauen* identifizieren zu ermächtigen für ihre Rechte als Frauen*, die in dieser Gesellschaft leben einzutreten. Und wir erwarten von nicht geflüchteten Frauen* Solidarität um Diskriminierungen, Missbrauch und Gewalt anzuprangern.

Wir, Flüchtlingsfrauen* repräsentieren die Kräfte der Veränderung, zusammen mit der Zivilgesellschaft werden wir den Lauf der Geschichte verändern. Wir sind Frauen*, die in dieser Gesellschaft leben und ein Teil des Kampfes für eine gerechte, inklusive Gesellschaft.

Wir laden alle Flüchtlingsfrauen* herzlich zu einem Workshop mit der Frage "wie definieren wir Feminismus als geflüchtete Frauen*", ein.

<https://www.women-in-exile.net/women-strike-same-same-by-different-who-takes-care-of-us/>

14.3. in Ellwangen: Solidaritätskundgebung und Mahnwache Geflüchtete klagen gegen ihre Strafbefehle



„Lassen wir es nicht zu, dass ein legitimer Protest von Geflüchteten in der Landeserstaufnahmeeinrichtung Ellwangen weiter kriminalisiert wird.

Polizeieinsatz in Ellwangen am 3. Mai 2018 stellte Grund- und Menschenrechte in Frage; Geflüchtete klagen gegen ihre Strafbefehle

Prozess am Donnerstag den 14. März 2019 um 9.00 und 14.00 Uhr * Amtsgericht Ellwangen Mahnwache 11 Uhr - 18 Uhr und Kundgebung ab 15.30 Uhr * Am Fuchseck

... Ellwangen ist zum Symbol für unseren Protest geworden. Wir dürfen nicht zulassen, dass durch staatliche Stellen, einer politischen Staatsanwaltschaft, Parteien, einer rassistischen Ellwangen-Hysterie oder durch eine undifferenzierte Presseberichterstattung, die Rechte der Geflüchteten noch weiter zu ihrem Nachteil verschoben werden. Es geht hier grundsätzlich um die Verteidigung von Grund- und Menschenrechten. Gesetze wie das „Geordnete Rückkehr-Gesetz“ dürfen nicht in Kraft treten. Die Angriffe auf die 'Unverletzlichkeit der Wohnung' müssen mit aller Deutlichkeit verurteilt werden. Sämtliche Verfahren die im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz in Ellwangen stehen, müssen sofort eingestellt werden. ...

Am 14. März gibt es zwei weitere Verhandlungen aufgrund von Einsprüchen gegen Strafbefehle. Zeigt Solidarität, kommt zu den Gerichtsverfahren am 14. März 2019.

Weitere Informationen hier: <https://refugees4refugees.wordpress.com/2019/02/>

und hier: <http://www.labournet.de/category/interventionen/asyl/asylrecht/ausweisung/abschiebung/ellwangen/>

Aufrufflugblatt für den 14.3.19:

<https://www.aktionbleiberecht.de/blog/wp-content/uploads/2019/02/Ellwangen-Flyer-final-druck.pdf>

15.3. in Frankfurt/Main und anderen Städten: Internationaler Tag gegen Polizeigewalt

Zum Mobi Video gehts hier lang: <https://www.veoh.com/watch/v141925759bprNJ9kA>

In Frankfurt um 17 Uhr Konstablerwache (Marktplatz)

Protest – Aktionen – Kunst, Stop Racial Profiling!

Polizeigewalt heißt für viele Menschen tägliche vermeintlich „verdachtsunabhängige“ Polizeikontrollen, unangemessene Taschenkontrollen und Durchsuchungen im öffentlichen Raum, Platzverweise und öffentliche Demütigung. Es ist dabei offensichtlich,

<http://kompass.antira.info> | Kontakt: kompass-notify@antira.info

Kompass – AntiRa – Newsletter Nr. 76 – März 2019

dass die Polizei das Aussehen und die Hautfarbe benutzt, um zu entscheiden, wen sie kontrolliert. Die Kontrollen sind oft nur Ausgangspunkt für weitere Gewalt, die nicht selten tödlich endet. Für Schwarze Menschen, Menschen of Color, Migrant*innen, Roma, arme und wohnungslose Menschen, Sexarbeiter*innen, viele Queers und Trans*-Personen sind diese Erlebnisse Alltag. Das ist Rassismus!

„Gefährliche Orte“?!

Insbesondere belebte Innenstadtgebiete wie Konstablerwache, Hauptwache oder das Bahnhofsviertel werden so für viele Menschen zu gefährlichen Orten, da sie hier oftmals von hochgerüsteten Polizist*innen aus der Menge herausgepickt, bloßgestellt, isoliert und kontrolliert werden. Ironischerweise nutzt die Polizei genau den Begriff der „gefährlichen Orte“ als Grundlage für ihre sogenannten „verdachtsunabhängigen“ Kontrollen. Welche Orte die Polizei als gefährlich einstuft, kann man nur mutmaßen, denn darüber schweigt sie. Deshalb sagen wir: „Gefährliche Orte“ abschaffen!



Einzelfälle? Institutioneller Rassismus!

Im Zuge der Ermittlungen um den sogenannten „NSU 2.0“, die im engen Zusammenhang mit dem Polizeirevier 1 in Frankfurt stehen, wird oft von „Einzelfällen“ rassistischer Polizist*innen gesprochen. Das ist zu kurz gedacht! Institutioneller Rassismus ist in der Art, wie Gesetze formuliert sowie angewendet werden und wie der Beruf Polizist*in funktioniert, fest verankert. Dagegen protestieren wir!

Den Opfern von Polizeigewalt gedenken

Sie sind nicht vergessen. Wir nennen ihre Namen. Erinnern und Gedenken sind nicht nur für Communities of Color sondern für die gesamte Gesellschaft von Bedeutung. Remembering means fighting!

Wessen Sicherheit?

Wir möchten über Alternativen zu Polizei sprechen und nachdenken. Denn die Polizei verspricht zwar Sicherheit, stellt aber für viele das genaue Gegenteil dar: Gewalt und Bedrohung. Somit steht sie nicht für den Erhalt, sondern die Bedrohung einer Gesellschaft der Vielen. Lasst uns für eine Gesellschaft einstehen in der Gerechtigkeit und Sicherheit nicht durch Gewalt hergestellt werden!

Wo Unrecht geschieht, gibt es Widerstand!



Sei es die ‚Initiative in Gedenken an Oury Jalloh‘, die ‚Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt‘ die Organisationen von Geflüchteten gegen das rassistische Grenzregime oder die ‚Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland‘. Wir sind hier!

Vom Staat fordern wir:

- Ein Ende aller rassistischen Polizeikontrollen
- Eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen immer und überall
- Eine systematische Auseinandersetzung mit dem institutionellen und alltäglichen Rassismus in Polizei, Justiz und anderen staatlichen Behörden
- Die Einführung unabhängiger Untersuchungs- und Kontrollinstanzen, die von den betroffenen Communities koordiniert werden
- Die Abschaffung des Verfassungsschutzes

Die Zivilgesellschaft fordern wir auf:

- Gemeinsam Verantwortung zu übernehmen
- Die Polizei kritisch zu beobachten und sich rassistischen Handlungen entgegenzustellen, ob im Stadtteil, in der Bahn, auf der Straße, in der Schule oder am Arbeitsplatz

We look out for each other!

BÜNDNIS #15MRZ

Der ganze Aufruf und mehr: <http://15mrz.org/>

Abschiebezahlen 2018 und geplante weitere Verschärfungen

Der Spiegel meldet, dass 2018 mehr als die Hälfte der geplanten Abschiebungen gescheitert sind, siehe: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespolizei-mehr-als-jede-zweite-abschiebung-2018-gescheitert-a-1254863.html>

Die Zahlen zeigen, dass es sich lohnt, weiteren Widerstand zu organisieren und alle Betroffenen zu ermutigen, sich zu wehren.... Doch das sollte nicht überspielen, dass der Abschiebedruck enorm zugenommen hat auf allen Ebenen, und dass immer öfter brachiale Gewalt angewendet wird, siehe

<https://www.ulla-jelpke.de/2019/02/behoerden-schieben-immer-skrupelloser-ab/> Der umfangreiche Gesamtbericht zur Bundestags-Anfrage zu den Abschiebungen in 2018 findet sich hier:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/080/1908021.pdf>

Gleichzeitig hat Innenminister Seehofer die nächsten Verschärfungen über das sogenannte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ lanciert, siehe dazu den Kommentar bei Pro Asyl:

<https://www.proasyl.de/news/kriminalisierung-der-zivilgesellschaft-jetzt-auch-in-deutschland/>

Solidarity at Sea/Iuventa

„Wir werden uns nicht einschüchtern lassen und nicht aufgeben! ...

Während die Kriminalisierung von Solidarität durch die EU heute alltäglich zu sein scheint, wird deutlich, dass der Fall IUVENTA als

Versuchslabor für die Anwendbarkeit legaler und politischer Willkür im Mittelmeer dienen sollte....





Insgesamt wird gegen 24 Such- und Rettungskräfte wegen der Unterstützung und Beihilfe zur illegalen Einwanderung nach Italien ermittelt. Zehn davon waren Besatzungsmitglieder an Bord des Rettungsschiffes IUVENTA....“

Webseite mit gutem Überblick und detaillierten Informationen zu den strafrechtlichen Ermittlungen gegen die SeenotretterInnen in Italien.

<https://solidarity-at-sea.org>

Alarm Phone Report Februar 2019

“I don't need to be on the news, I need to be rescued” - these were the words of one of the precarious passengers who called us from the Central Mediterranean Sea on the 20th of January 2018. He was among a group of roughly 100 people who had left Libya a day before and made it into international waters before being refouled back to Libya by a cargo vessel - a refoulement ordered by the Italian authorities, even by the Italian prime minister Conte himself, and carried out by their Libyan allies together with a private merchant vessel. [...] In light of the devastation and suffering in all three Mediterranean regions, it is often difficult to remain hopeful and to struggle on. However, that thousands of people still make it across the sea in these very adverse circumstances gives evidence to the unrelenting desire to localise new routes and methods to reach a place of perceived freedom and security. Now European societies have to show solidarity, pressurise governments against their anti-migrant policies, and open corridors on which people can move to desired destinations after reaching the shores of Europe.

The full report can be found on the AP-website: <https://bit.ly/2Dhnydq>

Lesehinweise:

Alarm Phone Sahara Text bei Afrique Europe Interact

Mitte Februar hat in Agadez ein weiteres Treffen des Alarmphone Sahara stattgefunden – einem Schwesterprojekt des Watch The Med Alarmphone. In einem langen Bericht schildert Olaf Bernau von Afrique-Europe-Interact nicht nur die Situation von Migrant*innen und Geflüchteten in Transitländern wie Niger. Vielmehr geht es auch um den gesamtgesellschaftlichen Kontext – unter anderem um allgemeine Sicherheitsfragen im Sahel bzw. in der Sahara (nicht zuletzt im Kontext von islamistischen Terrorismus), um die Situation in der Stadt Agadez (seit die EU-Migrationspolitik die Bedingungen für Migrant*innen in Niger grundlegend verändert hat), um genderpolitische Aspekte, um die knapp 1.000 Kilometer lange Busreise von Niamey nach Agadez, um Vergleiche zwischen Mali und Niger etc.

Der gesamte Bericht kann hier gelesen werden:

<https://afrique-europe-interact.net/1782-0-Bericht-Alarmphone-Treffen-Agadez-02-2019.html>

Broschüre der Rosa Luxemburg Stiftung

Solidarische Städte in Europa. Urbane Politik zwischen Charity und Citizenship

„In Europa wachsen die Bewegungen der Städte des Willkommens, der Zuflucht und Solidarität. Zivilgesellschaftliche Gruppen, städtische Politiker*innen und Stadtverwaltungen widersetzen sich so den wachsenden Restriktionen europäischer und nationaler Grenz- und Migrationspolitiken. Zugleich entwickeln sie konkrete kommunale Politiken zum Schutz oder zur sozialen Inklusion von Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Nicht zuletzt bilden sie diskursive Gegenpole zum europaweiten

<http://kompass.antira.info> | Kontakt: kompass-notify@antira.info

Kompass – AntiRa – Newsletter Nr. 76 – März 2019

Aufstieg rechter Parteien, welche die Abschottung der Grenzen sowie die Kriminalisierung von Migrant*innen vorantreiben.



Die hier angerissenen Debatten in Politik und Zivilgesellschaft zeigen auch das wachsende Interesse linker Akteure in Europa an Erfahrungen und Ideen aus anderen «Städten der Solidarität». Allerdings sind die administrativen und politischen Voraussetzungen wie auch die jeweils involvierten Akteure, Schwerpunktsetzungen und Handlungsansätze verschieden. In anderen Worten: Es gibt kein einheitliches Konzept einer solidarischen Stadt. Die Unterschiede beginnen bei der Diversität migrantischer Communities und Flüchtlingsgruppen in den einzelnen Städten. Sie gehen weiter bei den Fragen, wer auf kommunaler Ebene für was zuständig ist, etwa welche Rolle die Polizei und welche Kompetenzen die Städte haben. Oder: Wo liegen kommunale Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten? Wie sehen die aufenthalts- und

migrationsrechtlichen Bedingungen aus? Wie ist der Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen geregelt? Schon innerhalb Deutschlands sind diese Fragen unterschiedlich gelöst, noch größere Unterschiede bestehen im europäischen Vergleich. Studien, die diese Unterschiede (und Gemeinsamkeiten) in international vergleichender Perspektive und empirisch fundiert betrachten, existieren indes bislang nicht. Die vorliegende Broschüre soll deshalb dazu beitragen, diese Wissens- und Forschungslücke zu schließen....“

Mehr dazu hier:

https://www.rosalux.de/publikation/id/40039/solidarische-staedte-in-europa/?fbclid=IwAR163F_ITezwG9hITqIZyzGfrsQREu9bLKkQV7qnKkm978fLGkDfhlMnkXk

AUFRUF! »Solibus« will starten ...

Es ist soweit. Der »Solibus« will starten! Seit dem 22.01.2019 gibt es den gemeinnützigen Verein »Solibus e.V.«. Unser *erstes* Ziel ist nun der Kauf eines großen Überlandbusses! Wir freuen uns über **Spenden** für den Kauf des »Solibus« in jeder erdenklichen Höhe, von ganz klein bis ganz groß ist alles wunderbar!

Der „Solibus“ – von der Idee zum Bus

Die Idee des »Solibus« verstehen parteilich aber nicht von Parteien den Kauf und Unterhalt eines wir sehen und verstehen das Projekt sozialen Struktur, die eine Teilhabe an bundes- und und als Struktur die anfallenden um verteilt bzw. trägt.



wir als nicht kommerzielles Projekt, abhängig. Es soll hier nicht nur um großen Reisebusses gehen, sondern »Solibus« als Teil einer politischen, gemeinschaftliche Mobilität und europaweiten Aktivitäten ermöglicht Kosten für alle Beteiligten solidarisch

...Wir, das sind Aktivist*innen aus verschiedenen sozialen, antirassistischen, antifaschistischen, feministischen und anderen politischen Netzwerken und Zusammenhängen. Wir begreifen uns als Teil einer emanzipatorischen, sozialen Bewegung auf der Grundlage von Basis- und Selbstorganisation; und sehen das Projekt »Solibus« als ein Projekt der außerparlamentarischen Opposition....“

Weitere Infos zum Projekt über die Kontaktadresse und hoffentlich auch bald über die Webseite.

info@solibus.org; www.solibus.org

Spendenkonto

Solibus e.V., GLS Bank, DE89 4306 0967 1231 8868 00

Rundbrief: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?!

Es ist eine ganze Menge in Bewegung: Am 8. März werden Frauengruppen in Deutschland den Impuls aus Spanien und anderen Ländern für einen Frauen*/feministischen Streik aufgreifen und mit ihren Debatten zu Care Revolution verbinden. Am 15. März ruft die SchülerInnenbewegung „Fridays for Future“ zu einem großen internationalen Klimastreiktag auf und absehbar werden an diesem Tag auch hierzulande in vielen Städten Tausende nicht in die Schule, sondern auf die Straße gehen. Für den 6. April wird bundesweit zu einer Demonstration gegen den Mietenwahnsinn nach Berlin mobilisiert, in den Tagen davor finden europaweit in vielen Städten Aktionstage statt. Initiativen der solidarischen Städte und der Seebrücken diskutieren über „Buses of Hope“, in denen im Frühjahr Geflüchtete und Gerettete aus Palermo oder Neapel im orangenen Konvoi in Richtung der aufnahmebereiten Städte nach Nordwesteuropa fahren. Unteilbar und We`ll Come United planen im Sommer größere Mobilisierungen in Sachsen – gegen den Rechtsruck und zur Unterstützung der lokalen antirassistischen und antifaschistischen Netzwerke. Und wenn wir den Blick nach Süden ausweiten: auf dem afrikanischen Kontinent gehen derzeit in so verschiedenen Ländern wie Sudan, Togo, DR Kongo und Kamerun unterschiedliche Bewegungen gegen zum Teil Jahrzehnte alte Diktaturen auf die Straße.



Diese vielfältigen aktuellen Beispiele emanzipativer Sozialproteste machen uns Hoffnung, auch wenn schwer einzuschätzen bleibt, welche nachhaltigen Dynamiken sich daraus entfalten. Wie ordnen wir uns in diese Dynamik ein?

Mit „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?!“ haben wir im Januar eine neue Plattform gestartet, die sich bewusst als „langsamer“ Suchprozess versteht. Wir können und wollen als themen- und spektrenübergreifende Initiative (noch) nicht in die aktuellen Mobilisierungen intervenieren. Als Einzelgruppen sind wir natürlich beteiligt und es sind genau die Felder und Räume, in denen wir uns

mit unseren Alltagskämpfen bewegen und auf die wir uns beziehen. Aber wir haben diese Initiative gestartet, um uns mittelfristig darum zu bemühen (nicht nur mit diesem Rundbrief), in den oben genannten Aktivitäten Verknüpfungen und Querverbindungen herzustellen, um über die jeweiligen Aktionstage und Kampagnen hinaus die Perspektive einer gemeinsamen Bewegung und einer übergreifenden Erzählung der verschiedenen Alltagskämpfe stark zu machen. Das ist und bleibt die zentrale Zielsetzung unserer Initiative.(...)

Unser Manifest hat eine Reihe neuer UnterzeichnerInnen bekommen und der von uns erhoffte Anreicherungsprozess ist bereits gut in Gang gekommen. Unsere Plattform soll vielfältige Perspektiven aus unterschiedlichen Spektren zusammen bringen. In diesem Zuge finden sich nun gleich vier neue Textbeiträge auf der Webseite: Zu [Care Revolution](#), zum bedingungslosen [Grundeinkommen](#), zur [Erwerbslosenbewegung](#) sowie zum [Solidarischen Wirtschaften](#). (...) Ein zweiter Rundbrief ist für Juni 2019 geplant, um über den Zwischenstand zu berichten, nicht zuletzt im Hinblick auf die Strategiekonferenz der

Bewegungsstiftung, die vom 18. bis 20. Oktober in Berlin stattfindet. Diese Konferenz wird für uns ein zentraler Treffpunkt des Austauschs sein und soll weitere Perspektiven für die Initiative eröffnen.

Wenn Ihr mitmachen wollt, meldet euch sehr gerne über Mail bei uns:

welche-gesellschaft@riseup.net

Abschließend wollen wir noch auf unseren [\(gedruckten\) Flyer](#) hinweisen, der gegen Portokosten bei unserer Emailadresse bestellt werden kann.

RÜCKBLICK

NSU-Monologe in Hamburg

„total bewegend: 1.200 (!) leute am 31.1.19 im schauspielhaus bei den „nsu-monologen“. im publikum und im anschluss auf der bühne angehörige, opfer, betroffene und überlebende von strukturellem rassismus. rotz und wasser, trauer und wut, auch über die auswirkungen der "bombe nach der bombe".

die inszenierung der "bühne für menschenrechte" mit vier schauspieler*innen und zwei musikern, die die aussagen von angehörigen von drei familien, deren männer und sohn vom nsu und dem system dahinter ermordet wurden, ist eindringlich und stark. kann und sollte überall gezeigt und angeguckt werden. es ist eine manifestation, eine raumnahme, keine show.

„unsere kämpfe verändern dieses land und haben es schon verändert“ sagte imran ayata im anschluss. und ibrahim arslan: "unsere sehnsucht ist es, euch unsere geschichten, unseren schmerz zu erzählen.«

es ist nichts aufgeklärt. es muss weitergehen: nsu-komplex auflösen. für den tatort hamburg heisst das konkret: endlich einen untersuchungsausschuss! umbenennung der schützenstraße in süleyman taşköprü-straße! kein schlussstrich“



AUSBLICKE

Nächstes We`ll Come United-Treffen am 27./28. April

voraussichtlich in Dresden, weitere Informationen über welcome-united-ffm@web.de

Vom 10.-12.5. in vielen Städten: Aktionstage zu 100 Jahren Abschiebehafft

„100 Jahre Abschiebehaft“ richtet sich an alle, die sich für Abschiebehaftgefangene einsetzen (wollen) und von einer Gesellschaft ohne Abschiebehaft träumen. 100 Jahre lang blieb dieser Traum verwehrt. Es wird also höchste Zeit, gemeinsam aktiv zu werden! Um diesen Traum zu realisieren, braucht es eure Unterstützung! Organisiert Aktionen, Demos, Ausstellungen, Vorträge, Gottesdienste – was euch gefällt. Bei all euren Ideen unterstützen wir euch gerne mit Materialien und Referent*innen. Wir stehen euch gerne als Ansprechpartner*innen zur Verfügung.

Im Rahmen der Kampagne „100 Jahre Abschiebehaft“ organisieren wir eine Vortragstour durch die gesamte Bundesrepublik. In dem dafür ausgearbeiteten Vortrag klären wir, was Abschiebehaft überhaupt bedeutet, geben Infos zur Kampagne, werden schwerpunktmäßig aber über die menschenverachtende Geschichte der Abschiebehaft reden. Eine genauere Beschreibung des Inhalts findet ihr hier: <http://100-jahre-abschiebehaft.de/>

Im Sinne der bundesweiten Kampagne möchten wir gerne über 50 Städte in der BRD ansteuern. Wenn ihr Interesse habt, meldet euch gerne bei kontakt@100-jahre-abschiebehaft.de

Sonntag, 12.05.2019 – 12-16 Uhr - Büren

Kundgebung vor der Abschiebehaftanstalt Büren: Entrechtung stoppen – rassistische Sondergesetze abschaffen! Lager abschaffen! Abschiebehaft abschaffen! Aufruf unter: <http://buerendemo.blogspot.de/aufruf/>

Weitere Termine und Aktionen folgen. Aktuelles unter <http://100-jahre-abschiebehaft.de/>, bei Twitter: <https://twitter.com/100JahreAHaft> oder Facebook: <https://facebook.com/100JahreAbschiebehaft>

17.-19.5. in Hamburg: Recht auf Stadt Forum

Im Mai 2019 wird das nächste Recht auf Stadt Forum in Hamburg stattfinden. Überlegt ist u.a. eine Workshop-Reihe zu Solidarity Cities. Weitere Informationen im nächsten Kompass.

9.-14. Juli in der Nähe von Nantes/Frankreich: Transborder Summer Camp - Für Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte

Zum Summercamp kursiert eine Einladung an unterschiedliche antirassistische Netzwerke, insbesondere Selbstorganisationen quer durch Europa sowie Partnerorganisationen aus Afrika sollen angesprochen und eingeladen werden. Wer





weiteres zur Herangehensweise und zur Programmplanung erfahren möchte, bitte eine mail an folgende Adresse schreiben: tsc2019@protonmail.com

24. August: Großdemonstration in Sachsen

weitere Infos im nächsten Kompass...

Am 31.8. in Büren: Grossdemo gegen 100 Jahre Abschiebehaft

11:00 Uhr Abschiebehaft Büren, Büren-Stöckerbusch

15:00 Uhr Großdemo Paderborn HBF

100 Jahre Abschiebehaft für immer beenden!

Flyer in verschiedenen Sprachen können bestellt werden über antira_pb@posteo.de

Aufruf (deutsch, englisch, französisch, farsi, arabisch, serbisch): <http://100-jahre-abschiebehaft.de/de/buerendemo>